

# „Kurs halten! Nachlegen! Tempo machen!“

Wirtschaftspolitische Standortbestimmung in NRW  
zur Mitte der Legislaturperiode 2017 bis 2022

Die wirtschaftspolitische Grundstimmung in Nordrhein-Westfalen ist in den vergangenen zweieinhalb Jahren spürbar besser geworden. In den Jahren zuvor wurde zu häufig gebremst und auch verhindert. Die Landesregierung hat mit ihrer innovations- und gründerfreundlichen Ausrichtung, den deutlichen Anstrengungen beim Infrastrukturausbau sowie ersten entschlossenen Schritten beim Bürokratieabbau das Klima für Unternehmertum, Innovationen, Investitionen und Arbeitsplätze eindeutig verbessert.

Dennoch bleibt weiter viel zu tun. Die Landesregierung darf jetzt nicht nachlassen, um das Land wieder nach vorn zu bringen. Nordrhein-Westfalen muss sich im Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze noch mehr anstrengen. Das im Jahr 2018 gegenüber dem Bundesschnitt erneut um 0,5 Prozentpunkte geringere Wirtschaftswachstum Nordrhein-Westfalens ist ernüchternd und muss ein weiterer Weckruf sein. Entscheidend für den Erfolg des Aufholprozesses sind verlässliche und noch attraktivere Investitionsbedingungen. Daher darf die Landesregierung bei der Umsetzung des Koalitionsvertrags jetzt nicht an Tempo verlieren oder gar auf halber Strecke stehen bleiben.

## 1. Entfesselung und Bürokratieabbau weiter vorantreiben

Gerade im ersten Regierungsjahr hat die Entfesselungsinitiative beachtliche Erfolge erzielt. Der wettbewerbsschädliche Spionage-Erlass wurde zurückgenommen, das Tariftreue- und Vergabegesetz entrümpelt, die Hygieneampel abgeschafft, das Ladenöffnungsgesetz und die Landesbauordnung novelliert. Vielversprechend sind auch die Modellversuche zur dringend notwendigen Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Massiven Handlungsbedarf gibt es indes weiterhin beim Abbau der investitionsfeindlichen umweltpolitischen Alleingänge der Vorgängerregierung. Nur wenige der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen sind umgesetzt worden. Dies gilt insbesondere für das Landeswasser- und das Landesnaturschutzgesetz. Bei diesen Kernvorhaben fehlt es bisher eindeutig an Kraft und Geschwindigkeit. Die Entfesselungsinitiative muss ressortübergreifend fortgesetzt werden. Die angekündigte Stärkung der Clearingstelle Mittelstand sollte nun zügig umgesetzt werden.

## 2. Investitionen stärken und Steuerhebesätze senken

Wir unterstützen nachdrücklich das Ziel der Landesregierung, auch in den kommenden Jahren ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Bei weniger stark steigenden Steuereinnahmen werden jedoch Schwerpunktsetzungen zugunsten von Investitionen und eine Begrenzung konsumtiver Ausgaben unabdingbar sein. Besondere Anstrengungen sind bei den im Bundesvergleich viel zu hohen Grund- und Gewerbesteuerbesätzen sowie der Finanzausstattung der Kommunen erforderlich. Beides beeinträchtigt die Standortattraktivität, hemmt Investitionen und riskiert die Abwanderung von Unternehmen. Nordrhein-Westfalen braucht dringend einen „Gewerbsteuer-Senkungspakt“ mit einer Mischung aus Vorgaben und Anreizen, der flächendeckend zu einer Senkung der kommunalen Gewerbesteuerhebesätze führt. Bei der notwendigen Unterstützung besonders hoch verschuldeter Kommunen durch Bund und Land gilt es sicherzustellen, dass nachhaltige Handlungsfähigkeit eröffnet und Fehlanreize vermieden werden.

## 3. Digitalisierung und Netzausbau entschlossen fortsetzen

Wir begrüßen sehr, dass die Landesregierung dem zügigen und lückenlosen Ausbau des Gigabit-Netzes sowie der 5G-Technologie im Mobilfunk absolute Priorität einräumt. Ein besonderer Schwerpunkt muss auch zukünftig auf dem Anschluss von Gewerbegebieten und Schulen liegen. Mit ihrer Digitalstrategie hat sie zudem ein erstes ressortübergreifendes Grundkonzept erarbeitet, das zielgerichtet die Chancen der Digitalisierung in den Blick nimmt. Dies gilt es permanent weiterzuentwickeln. Dabei sind insbesondere in den Themen Innovationstransfer und Industrie zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen. Sehr positiv sind auch die deutlichen Bemühungen zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren wie etwa bei

der elektronischen Gewerbebeanmeldung. Außerdem bedarf es klarer digitaler Schwerpunktsetzungen bei Bildung, Qualifizierung und Forschung.

#### **4. Verkehrsinfrastruktur-Offensive weiter beherzt umsetzen**

Die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen hat erkennbar Fahrt aufgenommen. Mit dem strategischen verkehrspolitischen Masterplan, dem konsequenten Ausbau der Planungskapazitäten und deutlich mehr Investitionen in die Landesstraßen werden die richtigen Weichen gestellt. Auch der deutliche Einsatz für den Schienenausbau und die Ertüchtigung der Wasserstraßen sind für den Wirtschaftsstandort von großer Bedeutung. Das Thema vernetzte Mobilität wird zukunftsorientiert angegangen. Für unser Land bietet dies enorme Chancen und Potenziale. Denn Nordrhein-Westfalen ist wie kaum ein anderes Bundesland darauf angewiesen, smarte Mobilitätskonzepte zu entwickeln und unmittelbar einzusetzen. Eine besondere Herausforderung bleibt in den kommenden Jahren verkehrsträgerübergreifend die Sanierung und der Ausbau der Infrastruktur für den Güter- und Schwerlastverkehr. Die vielen Baustellen werden zwar vorübergehend zwangsläufig zu Belastungen führen. Doch nur mit einer Vorfahrtsregel für Infrastrukturmaßnahmen werden wir eine moderne und leistungsfähige Mobilität erreichen.

#### **5. Einsatz für Industrie weiter intensivieren**

Ein zentraler Pfeiler für Arbeitsplätze und Wohlstand ist und bleibt die Industrie. Der Erhalt und Ausbau unserer industriellen Wertschöpfungsketten- und -netzwerke muss höchste wirtschaftspolitische Priorität haben. Wir begrüßen daher sehr, dass die Landesregierung die Industriepolitik zur ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe macht und das Industriepolitische Leitbild jetzt verbindlich für alle Politikfelder festgeschrieben ist. Damit stärkt sie die Industrie mit ihren ressourcenschonenden und innovativen Produktionsprozessen auch als Problemlöser für die Herausforderungen des Klima- und Umweltschutzes. Und sie setzt ein klares Zeichen für mehr gesellschaftliche Akzeptanz unserer Industrie. Nachdem die Erstellung des Leitbilds einige Zeit in Anspruch genommen hat, muss jetzt die Umsetzung umso konsequenter erfolgen. Den vorgesehenen Monitoring-Prozess unterstützen wir ausdrücklich. Gerade wegen der aktuellen Strukturbrüche und Transformationsprozesse gilt es, sich als Land noch intensiver für jede einzelne Erweiterung und Neuansiedlung einzusetzen.

#### **6. Wettbewerbsfähige Energieversorgung sicherstellen**

Der auf Bundesebene beschlossene Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 ist für das Industrieland NRW eine immense Herausforderung. Ohne den Aufbau verlässlicher neuer Stromerzeugung wird NRW mittelfristig vom Exporteur zum Importeur von Strom. Dabei sind Versorgungssicherheit zu jeder Sekunde und wettbewerbsfähige Strompreise unverzichtbar. Dies gilt in besonderem Maße für die energieintensiven Industrien. Das Land hat bei den Verhandlungen auf Bundesebene wichtige Erfolge erzielt. Nun muss es zwingend darauf drängen, dass die beschlossenen Haltepunkte zur Überprüfung der Zwischenziele auch tatsächlich strikt eingehalten werden. Mit der Energieversorgungsstrategie wurde ein solides Fundament auf Landesebene gelegt. In den kommenden Jahren bedarf es gerade in Nordrhein-Westfalen des Aufbaus sicherer Kapazitäten sowie des massiven Ausbaus von Speicherkapazitäten und Netzen, um die wettbewerbsfähige Versorgung des Industriestandorts NRW verbindlich abzusichern. Die Landesregierung ist gefordert, hierfür die Schaffung entsprechender Investitionsbedingungen sowie der notwendigen genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen aktiv zu unterstützen.

#### **7. Klimaschutz „Made in NRW“ stärken**

Ambitionierte Klimaschutzziele sind heute und auch in Zukunft nur mit der Industrie zu erreichen. Mit dem Industriepolitischen Leitbild der Landesregierung liegt nun eine solide Strategie der gesamten Landesregierung vor, die die hocheffizienten Produkte und Lösungen der Wirtschaft zum globalen Klimaschutz anerkennt und sinnvoll unterstützt. Für die Erreichung der mittel- bis langfristigen Klimaziele stehen wir vor einem grundlegenden Wandel und enormen Herausforderungen. Es muss uns in vielen Bereichen gelingen, neue Fertigungsprozesse nicht nur zu entwickeln, sondern auch in NRW im industriellen Maßstab zu realisieren. Dies wird aber nur mit attraktiven Investitionsbedingungen gelingen. Auch der

Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, den die Landesregierung aktiv unterstützt, kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Die angekündigte Überarbeitung von Klimaschutzgesetz und Klimaschutzplan muss dabei eng mit den bundes- und europaweit relevanten Strategien und Maßnahmen abgestimmt sein. Dabei gilt es, energieeffiziente Prozesse und Produkte „Made in NRW“ in den Mittelpunkt zu stellen.

#### **8. Investitionsfreundliche Flächenpolitik betreiben**

Damit der Aufholprozess Nordrhein-Westfalens gelingen kann, ist eine aktive Standortpolitik mit Anreizen für Erweiterungen und Neuansiedlungen und damit für neue Arbeitsplätze dringend notwendig. Wir begrüßen sehr, dass die Landesregierung den Landesentwicklungsplan (LEP) an zentralen Stellen schnell und effektiv überarbeitet hat. Die Ausrichtung ist nun deutlich wirtschafts- und investitionsfreundlicher. Unverhältnismäßige Hürden zu Flächenausweisungen und beim Rohstoffabbau im LEP wurden beseitigt. Damit haben sich die Voraussetzungen für bedarfsgerechte Flächenausweisung auf regionaler und kommunaler Ebene erheblich verbessert. Diese Freiräume müssen die Regionalräte und Kommunen nun nutzen. Auch Großansiedlungen müssen in NRW wieder möglich sein. Bisher nicht erkennbar sind die im Koalitionsvertrag angekündigten innovativen Ansätze zur Flächenkompensation. Hier sollte die Landesregierung nun dringend den sich selbst gesetzten Grundsatz „Qualität vor Quantität“ umsetzen.

#### **9. Innovations- und Gründerfreundlichkeit beibehalten**

Das politische Klima in Nordrhein-Westfalen ist deutlich innovationsfreundlicher geworden. Die Politik der Landesregierung im Bereich der Gründerzentren, der Künstlichen Intelligenz und der Cyber-Sicherheit ist beispielhaft. Auch die Ansiedlung der Batteriezellenforschung in Münster ist ein großer Erfolg. Die Rückkehr zu mehr Autonomie für die Hochschulen begrüßen wir ausdrücklich. Die teilweise ideologische Forschungsstrategie der Vorgängerregierung sollte nun zügig durch das im Koalitionsvertrag angekündigte technologieoffene, ideologiefreie und bürokratiearme Innovationsbeschleunigungsgesetz ersetzt werden. Noch intensiver unterstützt und gefördert werden sollten Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Start-Ups und Unternehmen – hierbei insbesondere mit dem industriellen Mittelstand – sowie gute Rahmenbedingungen für Gründungen. Dieses sollte auf Basis eines regelmäßigen Innovations-Monitorings geschehen. Mit Blick auf die neue EU-Förderperiode müssen die Weichen noch deutlicher auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit gestellt werden.

#### **10. Frühkindliche Bildung und Betreuung sicherstellen**

Die Rahmenbedingungen für frühkindliche Bildung und Betreuung werden mit dem „Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung“ verbessert. Zu begrüßen sind insbesondere die Platzausbaugarantie, die Flexibilisierung von Betreuungszeiten sowie die zusätzlichen Mittel für mehr Qualität. All dies muss nun konsequent umgesetzt werden. Zudem bleiben weitere Schritte für eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Kita-Landschaft erforderlich - verbesserte Rahmenbedingungen für betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen, für eine weitere Verringerung von Schließzeiten sowie für die unterjährige Aufnahme von Kindern. Zentrale Herausforderungen sind zudem ein guter Betreuungsschlüssel sowie hochwertige Qualifizierungsangebote für das Personal. Der weitere Ausbau der Beitragsfreiheit ist kontraproduktiv, denn er entzieht dem System Mittel, die für den quantitativen und qualitativen Ausbau benötigt werden.

#### **11. Qualitätsoffensive für Schulen forcieren**

Die Schulpolitik in NRW hat Inhalte und Qualitätsfragen erkennbar stärker in den Fokus gerückt. Hierzu gehören die Talentschulen, mit denen neue Wege zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg erprobt werden. Richtig ist auch die Stärkung der ökonomischen Bildung mit einer Neugestaltung der entsprechenden Fächer an allen Schulformen. Dies muss nun zwingend durch eine eigenständige Lehrerbildung sowie ein systematisches Weiterbildungsangebot begleitet werden. Die neuen Initiativen zur Unterrichtsversorgung und Lehrkräftesicherung sind ebenfalls zu begrüßen - hierbei gilt es, auch die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern. Zentrale Herausforderung bleibt es, eine umfassende Kompetenzentwicklung und Persönlichkeitsbildung aller Schüler durch mehr individuelle Förderung sicherzustellen. Erforderlich dafür ist auch der weitere Ausbau eines verlässlichen und hochwertigen

Ganztags, der Zeit für eine gezielte Unterstützung der Schüler bietet. Schneller und fundierter als bisher muss das Schulsystem auf die Digitalisierung eingestellt werden. Dazu gehören die moderne Ausstattung der Schulen durch zügigen Abruf der DigitalPakt-Mittel, eine systematische Fortbildungsinitiative für Lehrkräfte sowie eine gezielte Unterstützung bei der Entwicklung methodischer Konzepte für die Nutzung neuer Medien und die Vermittlung neuer Inhalte.

### **12. Berufsorientierung und Duale Ausbildung stärken**

Junge Menschen müssen durch eine fundierte Berufsorientierung auf den Übergang von der Schule in den Beruf vorbereitet werden. Zu begrüßen ist daher die Fortsetzung und praxistauglichere Gestaltung der Landesinitiative "Kein Abschluss ohne Anschluss (KAOA)". Bei der Umsetzung müssen die Schulen noch besser unterstützt werden, z.B. durch Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Die duale Ausbildung als zentrale Säule der Fachkräftesicherung gilt es weiter zu stärken. Richtig sind dabei die Einführung eines Azubi-Tickets und insbesondere die Initiierung einer "Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung". Bei der Umsetzung der Agenda muss die duale Ausbildung im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört auch die Sicherstellung eines hochwertigen Unterrichts an den Berufsschulen als Partner der Betriebe im dualen System (moderne Ausstattung, Lehrkräfteversorgung, Fortbildungen für die Digitalisierung).

### **13. In der Arbeitsmarktpolitik nicht regulieren, sondern gezielt fördern**

In der Arbeitsmarktpolitik brauchen wir gute Rahmenbedingungen für Beschäftigung und eine gezielte Förderung statt weiterer Regulierung und Bürokratisierung. Zu begrüßen ist, dass die Sozialpartner in Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes und der damit verbundenen öffentlich geförderten Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen eng einbezogen werden. Bei der Umsetzung ist auf eine hohe Qualität des begleitenden Coachings und eine Fokussierung auf besondere Zielgruppen zu achten. Maßstab für den Erfolg ist die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Darüber hinaus gilt es, die Vermittlungshemmnisse von Arbeitslosen (z.B. gesundheitliche Probleme, fehlende Qualifizierung) gezielt abzubauen. Die Anstrengungen des Landes bei der Fachkräftesicherung sollten weiter gebündelt und gestärkt werden. Dazu gehört auch die Schaffung unbürokratischer und bedarfsgerechter Strukturen für die Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Wir begrüßen, dass der NRW-Bildungsscheck ausgebaut und flexibler gestaltet wurde. Positiv ist außerdem, dass ein Prozess zur Erarbeitung einer "Integrationsstrategie 2030" aufgesetzt wurde. Hier bedarf es konkrete Ziele und Maßnahmen insbesondere bei Bildung und Qualifizierung sowie ein systematisches Integrationsmanagement mit verbindlichen Verantwortungsketten vor Ort.

### **14. Rheinisches Revier zur industriellen Zukunftsregion entwickeln**

Beim deutschen Kohleausstieg wird das Rheinische Revier in der ersten Abschaltungs-Phase bis zum Jahr 2022 besonders stark betroffen sein. Den notwendigen Strukturwandel nun ohne echte Vorwarnzeit zu gestalten ist eine enorme Aufgabe. Das Land muss diesen Prozess effizient steuern und koordinieren. Dabei geht es um weit mehr als nur die Abfederung von sozialen Lasten, sondern vor allem um die Schaffung echter Zukunftsperspektiven. Das Rheinische Revier braucht hierfür zwingend ausreichende baureife Ansiedlungsflächen, nachhaltige Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Innovation sowie verlässliche Rahmenbedingungen für hochwertige industrielle Neuansiedlungen.

### **15. Ruhr-Konferenz noch strukturierter und ehrgeiziger angehen**

NRW kann auf Dauer nur stark sein, wenn auch das Ruhrgebiet wieder deutlich stärker wird. Hierfür sind mutige Visionen und große Anstrengungen erforderlich. Wir unterstützen die Ruhr-Konferenz daher mit großer Überzeugung. Zentrales Ziel der Konferenz muss die Stärkung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit sein. Gemeinsamer Anspruch muss es sein, neuen Gemeinschaftsgeist zu entfachen und das Ruhrgebiet zu einer der modernsten Regionen Europas zu machen. Dies wird jedoch nicht dadurch gelingen, mit möglichst vielen Einzelmaßnahmen möglichst viele Einzelinteressen zu bedienen. Für den Erfolg der Ruhr-Konferenz kommt es jetzt entscheidend darauf an, die beschlossenen Projekte weiter zu konkretisieren und zu entwickeln.

2. Dezember 2019